

## **Änderung des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften „Im Juchtlén“, Pliezhausen, ohne das Grundstück Flst. Nr. 2030/1, im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB**

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728), und § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. S. 358, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2019 (GBl. S. 313), in Verbindung mit § 10 BauGB sowie in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.12.2020 (GBl. S. 1095, 1098), hat der Gemeinderat der Gemeinde Pliezhausen die Änderung des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften "Im Juchtlén", Pliezhausen, ohne das Grundstück Flst. Nr. 2030/1, im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB am TT.MM.JJJJ als Satzung beschlossen.

### **§ 1 Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften ist im Änderungsdeckblatt vom 25.02.2021 zum zeichnerischen Teil des Bebauungsplans gefertigt am 10.08.1970, in der Fassung vom 10.12.1970, geändert durch Deckblatt vom 20.01.1971, genehmigt am 30.03.1971, in Kraft getreten am 02.04.1971, weiterhin und zuletzt geändert durch Deckblatt vom 18.05.1971, dargestellt. Das Grundstück Flst. Nr. 2030/1 ist vom räumlichen Geltungsbereich dieser Änderung ausgenommen.

### **§ 2 Bestandteile der Satzung**

Bestandteile dieser Satzung sind das Änderungsdeckblatt vom 25.02.2021 zum zeichnerischen Teil des Bebauungsplans gefertigt am 10.08.1970, in der Fassung vom 10.12.1970, geändert durch Deckblatt vom 20.01.1971, genehmigt am 30.03.1971, in Kraft getreten am 02.04.1971, weiterhin und zuletzt geändert durch Deckblatt vom 18.05.1971, sowie das Deckblatt vom 25.02.2021 zum Textteil und den Örtlichen Bauvorschriften gefertigt am 10.08.1970, in der Fassung vom 10.12.1970, genehmigt am 30.03.1971, in Kraft getreten am 02.04.1971, letzte Änderung rechtskräftig seit 10.02.1984.

### **§ 3 Ändern von Vorschriften**

#### A. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

(1) Die bauplanungsrechtliche Festsetzung A 2.) lit a) erhält folgende Fassung:

*Zahl der Vollgeschosse:*

*1 Vollgeschoss, soweit nicht die Eintragungen im Lageplan abweichen und eine größere Anzahl an Vollgeschossen vorschreiben.*

*Im Einvernehmen mit der Gemeinde kann ausnahmsweise zugelassen werden, dass das Dachgeschoss durch die Errichtung von Dachaufbauten zum Vollgeschoss wird.*

(2) Neu eingefügt wird folgende bauplanungsrechtliche Festsetzung A 4.):

*Die Stellung von Garagen und Carports richtet sich nach den Eintragungen im Lageplan. Soweit solche Eintragungen fehlen, sind Garagen und Carports nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Garagen sind möglichst als Grenzbauten und ggfs. im Zusammenhang mit Garagen auf den Nachbargrundstücken als eine Einheit zu errichten. Die Garagenfußbodenhöhe ist nördlich und westlich der Juchtleinstraße so zu wählen, dass die Garagenzufahrt nicht steiler als 2 % ist, ansonsten ist sie gleich der Erdgeschossfußbodenhöhe des Hauptgebäudes zu wählen.*

*Von den vorstehenden Vorschriften können im Einvernehmen mit der Gemeinde Ausnahmen zugelassen werden, sofern keine städtebaulichen oder verkehrlichen Gründe entgegenstehen.*

#### B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(1) Vor der bauordnungsrechtlichen Festsetzung B 1.) wird eingefügt:

*Hinweis: Bis zum 09.09.1995 (Inkrafttreten des § 74 LBO) konnten Örtliche Bauvorschriften auch als Festsetzungen in den Bebauungsplan übernommen werden (§ 9 Abs. 4 BauGB), mit der Folge, dass diese Örtlichen Bauvorschriften auch in ihrer Rechtswirkung wie bebauungsplanmäßige Festsetzungen zu behandeln waren. Diese früheren Örtlichen Bauvorschriften, sofern Sie durch diese Änderung nicht berührt werden, gelten mit diesen Wirkungen weiter, so richten sich beispielsweise Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB mit dem Erfordernis des Einvernehmens der Gemeinde nach § 36 BauGB. Die LBO in ihrer aktuell gültigen Fassung enthält diese Ermächtigung nicht mehr, so dass die neu erlassenen bzw. geänderten Örtlichen Bauvorschriften nicht mehr die Rechtsqualität einer Bebauungsplanfestsetzung beanspruchen können. Ausnahmen und Befreiungen richten sich nunmehr nach § 56*

LBO. Die hiervon betroffenen Vorschriften sind mit „Örtliche Bauvorschrift“ gekennzeichnet.

(2) Die bauordnungsrechtliche Festsetzung B 2.) lit a) „Dachform“ wird aufgehoben und durch die nachfolgende Örtliche Bauvorschrift ersetzt:

a) Örtliche Bauvorschrift „Dachgestaltung“ (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

#### Hauptgebäude:

Östlich und südlich der Juchtlstraße Satteldach mit einer Neigung von 18° bis 21°, ausgenommen sind die Baugrundstücke, für die entsprechend den Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans Flachdach vorgeschrieben wird. Im übrigen Baugebiet sind entsprechend der Einschriebe im zeichnerischen Teil Satteldächer mit einer Dachneigung von 24° bis 30° vorgeschrieben.

Bei untergeordneten Bauteilen, wie z.B. Eingangs-, Terrassen- und Balkonüberdachungen, untergeordneten Anbauten, Vorbauten, Wintergärten und Dachaufbauten sind andere Dachneigungen und flache Deckungen zulässig.

Bei Satteldächern mit einer Dachneigung von mindestens 28° sind Dachaufbauten nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften zulässig:

- Länge des Dachaufbaus (Außenwand bis Außenwand) maximal 50 % der Gebäudelänge (von Ortgang zu Ortgang gemessen)
- Abstand des Dachaufbaus (Außenwand) zum Ortgang mindestens 1,50 m
- Abstand von Dachaufbauten (Außenwand bis Außenwand) untereinander mindestens 1,50 m
- Abstand der Oberkante / Firsthöhe des Dachaufbaus zum First des Hauptdaches mindestens 1,00 m (in der Dachschräge gemessen)
- Bei Doppelhaushälften können im Einvernehmen mit der Gemeinde von den vorstehenden Anforderungen Ausnahmen zugelassen werden, sofern sich ein stimmiges Gesamtbild ergibt

Im Übrigen sind Dachaufbauten und Quergiebel unzulässig.

#### Garagen und Carports:

Als Dachform für Garagen und Carports wird Flachdach (max. 5° Dachneigung) vorgeschrieben. Diese sind vollflächig extensiv oder intensiv zu begrünen

*(Substratstärke mind. 10 cm). Bei Hauptgebäuden mit Satteldächern und einer Dachneigung von 18° bis 21° können im Einvernehmen mit der Gemeinde ausnahmsweise Garagen und Carports mit Satteldächern, deren Neigung der Dachneigung des Hauptgebäudes entsprechen muss, zugelassen werden.*

(3) Die bauordnungsrechtliche Festsetzung B 4.) wird aufgehoben und durch die nachfolgende Örtliche Bauvorschrift ersetzt:

4.) Örtliche Bauvorschrift „Stellplatzverpflichtung“ (§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LBO)

*Je Wohneinheit über 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche (ermittelt nach der Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346)) sind mindestens zwei separat anfahrbare, den Vorgaben der Garagenverordnung entsprechende Stellplätze herzustellen. Gefangene Stellplätze oder Vorplätze von Garagen und Carports werden auf die Stellplatzverpflichtung nicht angerechnet.*

#### **§ 4 Begründung**

Der Änderung des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB die Begründung vom 25.02.2021 beigefügt, die nicht Bestandteil der Festsetzungen des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften ist.

#### **§ 5 Belange des Artenschutzes**

Der Gemeinde liegen keine Angaben über das Vorkommen streng oder besonders geschützter Arten vor. Es ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass durch Abbruch- oder Baumaßnahmen artenschutzrechtliche Belange (§ 44 BNatSchG) betroffen sind. Da die artenschutzrechtlichen Verbote unmittelbar gelten, weist die untere Naturschutzbehörde auf diese Problematik hin. Bei konkreten Bauabsichten sind bei Bedarf rechtzeitig die notwendigen artenschutzrechtlichen Maßnahmen zu veranlassen und mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Die Rodung von Bäumen / Gehölzen sollte aus Gründen des Artenschutzes außerhalb der Vegetationszeit, also im Zeitraum zwischen Oktober und Ende Februar, erfolgen.

#### **§ 6 Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Örtlichen Bauvorschriften dieser Satzung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 75 Abs. 4 LBO mit einer Geldbuße bis zu 100 000 Euro geahndet werden.

## **§ 7 Inkrafttreten**

Die Änderung des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften tritt mit ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB und § 74 Abs. 7 LBO i.V.m. § 10 Abs. 3 BauGB).

Ausgefertigt!

Pliezhausen, den TT.MM.JJJJ

---

Christof Dold  
Bürgermeister